

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Nr. 451.

Telephon
Nr. 451.

Organ für die werkstätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 98.

10. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Die prügelnden „Volkserzieher“

finden in unserem Hamburger Bruderorgan folgende treffliche Beurteilung:

Die Entzündung über die Schwester des katholischen Waisenhauses zu Potsdam, die einen armen Waisenknaben blutig schlagen ließ und dabei sich hartherziger zeigte, als der diese Behandlung vollstreckende Hausknecht, hat sich noch nicht gelegt und schon erhebt sich ein neuer Schrei des Grimms in der Bevölkerung: Die Berliner städtische Waisenverwaltung hat es abgelehnt, die Verbindung mit dem Potsdamer katholischen Waisenhaus abzubrechen. Es werden also noch mehr arme Waisenkinder dem in jener Macht herrschenden Prügelpädagogensystem ausgesetzt werden.

Zu Tode selbst, sowie die Haltung der Berliner Waisenverwaltung sind ein Zeichen der Zeit. Das religiöse Moment lassen wir aus dem Spiele, wir haben längst gewußt, daß fromme Leute nicht weichherziger sind als Andere, und wenn sie noch so viel Worte der Sanftmuth und Demuth auf den Lippen haben. Auch die Konfession ist uns gleichgültig. Die ultramontanen Blätter, denen die Enthüllungen über die Prügelstrafe nicht angenehm sind, suchen den Angriffen zu entkommen, indem sie behaupten, in Lissa in Schlesien sei ein sechzehnjähriger Schulknabe von einem protestantischen Lehrer zu Tode geprügelt worden. Wir wissen natürlich nicht, was Wahrheit an dieser schaurigen Nachricht ist; wir wollen aber gern zugeben, daß es bei beiden Konfessionen Prügelpädagogen gebe. Und damit ist für uns der Streit abgethan; wir wollen nur hoffen, daß der Lissaer Fall eine grundliche Untersuchung und eventuell scharfe Bestrafung nach sich zieht.

Es bleibt Ethnographen, welche die Kulturhöhe eines Volkes nach der Art und Weise beurtheilen, wie die Frauen bei demselben behandelt werden. Das mag zutreffend sein; jene Völker, bei denen die Frauen nur Bassihiere und Produktionsinstrumente sind, können ganz gewiß nicht zu den Kulturvölkern gerechnet werden. Aber man könnte auch die Behandlung der Kinder in gewisser Beziehung als einen Kulturmesser für die Völker oder gewisser Schichten und Klassen derselben betrachten. Und da ist es nichts weniger als erstaunlich, wenn man arme Waisenkinder in der beschriebenen Weise behandeln sieht und wenn ein bekannter Professor, der den Anspruch erhebt, eine Leute deutscher Kulturhaft zu sein, diese Behandlung des unglücklichen Kindes nicht nur billigt, sondern sich auch noch in Schmähungen gegen den Knaben ergeht.

Gerichtliche Urtheile sind in solchen Fällen für uns nicht maßgebend, denn die juristische Auslegungskunst kann dem Begriff des „Züchtigungsrights“ die verschiedenste Gestaltung geben. Wir erkennen ein „Züchtigungsrigh“ nicht an. Es gibt andere Mittel, um Ordnung zu halten. Merkwürdigerweise kann man sich mit einer solchen Auffassung in den verschiedenen Kreisen sehr wenig befrieden. Unsere Aristokratien allerdings waren gemäß ihrer rohen Weltanschauung immer für den Prügel als Erziehungsmitte. Aber der Spießbürgertum ist es erst recht. Bis in die demokratischen bürgerlichen Kreise

hinein ist man der Ansicht, daß auf die Prügel in der Schule nicht verzichtet werden könne, eine Ansicht, die von einem mit allen Köpfen behafteten Pädagogenthum natürlich eifrigst gefordert wird.

Geht denn die Weltgeschichte rückwärts? Vor weit mehr als zweitausend Jahren bestand im südlichen Griechenland der berühmte Staat der Spartaner, wo man es wahrlich verstand, die Jugend zu einem entsagungs- und opferfähigen, kriegsharten, tapferen Geschlecht heranzubilden. Eine Disziplin bestand dort, wie man sie vorher und nachher bei keinem Volke erreicht hat. Und das Alles wurde erreicht ganz ohne Prügel. Sie waren gänzlich verpönt, nachdem ein berühmter spartanischer Pädagoge gesagt hatte:

„Wenn unsere Söhne vor der Rache zittern, werden sie dann dem blanken Schwerte des Feindes gegenüberstehen können, ohne zu zittern?“

Der Vorfall im Waisenhaus zu Potsdam und was sich Alles daran knüpft, erinnert uns nur wieder einmal daran, wie die heutige Gesellschaft noch nicht dazu gelangt ist, den Schwächen der Schwachen einen wirksamen Schutz gegen die Willkür des Stärkeren zu bieten. Zu den Schwächen der Schwachen gehören gewiß arme Waisenkinder, die völlig allein auf der Welt stehen und deren Unmündigkeit gebietender für sie den Schutz des Staates oder der Gemeinde erheischt. Schon die Verlassenheit dieser Kinder hat etwas, das ein fühlendes Herz bewegen muß; sie sind damit schon unglücklich genug, und wer möchte ihnen unnötig ein Leid antun? Aehnliche Geißhüle mögen Heinrich Heine bewegt haben, als er sein schönes Gedicht von den Hamburger Waisenkindern schrieb und an die vielen Millionen unverehrter Waisenkinder erinnerte, die wohl unter den Sternen wandeln mögen. Die Fürsorge für die Waisenkinder sollte eine besonders partei sein. Staat und Gemeinde aber sollten diese Pflicht selbst übernehmen und keine religiöse Genossenschaft dazu heranziehen, deren Hauptzweck bei der ganzen Sache doch nur die konfessionelle Propaganda ist.

Aber zur Zeit erhebt sich an allen Enden und Ecken der Ruf nach „Strenge“ und „Schreidigkeit“, und zwar auf allen Gebieten: in der Politik, im Heer, in der Behandlung der Untergebenen und Abhängigen und selbstverständlich auch in der Schule. Mit Güte und Geduld etwas auszurichten, hält man für unmöglich; das ist überlebte „Humanitätsduselei“. Nur der Prügel kann in Schule und Erziehung helfen! In den Parlamenten stellen die „Edeleen der Nation“ offen die Forderung auf, die Prügelstrafe wieder einzuführen. Ja, das wäre so ganz „feudal“, wenn wieder Federmann, der sich manig und mißliebig macht, mit dem Hakenkloß zur „Nation“ gebracht werden könnte, wie man am Ausgang des vorigen Jahrhunderts noch mißliche Schriftsteller prügeln ließ!

Als unser Bürgertum vor 50 Jahren sich erhob und die Forderungen der bürgerlichen Freiheit zu verwirklichen suchte, da demonstrierte man liberal gegen die entwürdigende Prügelstrafe und zertrümmerte die sogenannten Prügelböcke. Die Prügelstrafe verschwand auch sonst überall. Über heute blaßt das Bürgertum zum großen Theil in dasselbe Horn, wie das feudale Junkertum. Es gibt Massenbürger, die schon die Prügelstrafe eingeführt wissen wollen, wenn ein armer

Handwerksbursche sie um einen Zehrpfenning angeht. Man höre einmal die brutalen Redensarten an, die ein sich sonst liberal nennendes Philisterthum am Bierläche führt, und man wird staunen, wer Alles und wie viel geprägt werden soll.

Und wo in den herrschenden Klassen ein solcher Geist vorhanden, da kann man sich gar nicht wundern, wenn auch in einer Schwester im Waisenhaus der Drang erwacht, der Erziehung mit Prügeln nachzuholen. Wie weit das mit zarter Weiblichkeit und christlicher Barmherzigkeit in Einklang zu bringen ist, darüber nachzudenken, überlassen wir unseren Leserinnen.

Wie mag das Geschehen nach dem Prügel noch an anderen Stellen wirken? Bei einzelnen Pädagogen wirkt es vielleicht gerade abschreckend; die überaus große Mehrzahl aber betrachtet das Züchtigungsrigh als etwas Selbstverständliches. Müssten da nicht die Eltern, die ihre Lieblinge an die öffentlichen Erziehungsanstalten geben, von einer gewissen Besorgniß erfüllt werden, das Geschehen nach „Strenge“ könnte sich da und dort in Thaten umsehen? Und wenn schon ein Weib so viel „Schreidigkeit“ aufweisen kann, was soll man da von Männern erwarten?

Wer human denkt, muß sich energisch gegen die Bewegung stemmen, die in der Erziehung der Jugend Alles mit dem Prügel reguliren will. Mögen rückständige Junker von Humanitätsduselei sprechen! Mit dem Prügel werden wir uns zu keinem Ruhme verhelfen. Wohl aber, wenn in jedem Menschen auch der Mensch respektiert wird!

Bur Buchthausvorlage

wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin geschrieben:

Die bisherige Verzögerung dieses von der sozialpolitischen Richtung des Frdr. von Summ und den noch immer dem verflochtenen Sozialstrengesetz nachtrauernden Politikern so heiß ersehnten Gesetzentwurfes beruht nicht auf der Schwierigkeit seiner Ausarbeitung. Es mag ja für den damit Beauftragten nicht leicht gewesen sein, dem Wunsche maßgebender Stellen entsprechend in diese Vorlage des Buchthaus hinein- oder auch es herauszubringen, denn man weiß ja noch nicht, wie der Entwurf lauten wird. Aber das allein hätte die Angelegenheit so lange nicht verzögert. Es hat sich da hinter den Kulissen wieder einmal ein Stück der Politik des Bürgertums abgespielt, ein Akt des eigentlich seit dem Falle des Sozialstrengesetzes nie ruhenden Kämpfes zwischen zwei verschiedenen Richtungen in der Behandlung der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung, der in der Hauptstadt meistens ein Kampf zwischen verantwortlichen und unverantwortlichen Stathaltern ist. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß einsichtsvolle Staatsmänner, die auch die Situation im jetzigen Reichstage richtig beurteilen, gern um diesen Entwurf herumkommen würden, und es ist für gewisse Verhältnisse recht interessant, daß man sogar sich bemüht hat, gegen den starken Einfluß einzelner als Schirmträger bezeichneteter Persönlichkeiten Gegeneinflüsse zu gewinnen, auch aus den Kreisen der Großindustrie und, wie wir glauben, sogar bis zu den einzelnen Bundesfürsten heraus.

Der Umgangswerte unterschätzt aber die auf dem individuellen Einfluß einzelner Personen und einer weitgehenden Organisation der Presse beruhende Macht der Großindustriellen von Stahl und Eisen, die sich auf die verschiedensten Verhältnisse unseres öffentlichen Lebens erstreckt und im steilen Wachsen ist: sie umfaßt gleichzeitig die Behandlung der Sozialpolitik und der Arbeiterfragen, wie den Umlauf und das Tempo des Umbaues unserer Flotte, an der ja diese Industrie noch besonders beteiligt ist, und eins fördert die andere. Es gibt politische Beobachter, denen dieser geräuschlos arbeitende,

Arbeiter! Rüstet zur Maifeier!

Die Rose von Disentis.

Von Heinrich Heine.

„Doch zuletzt wurde, was Raufage den Schein fröhlichen Leidens Seitens der Frau von Grienenburg gebaht, ernster, bitterer, ja der Ausdruck einer Leidenschaft. Als ich eines Abends ein neues Gefängniss zu Hause vorgetragen hatte, bedachte sie mich eine Weile stumm, mit feuchten Augen und wehmüdigem Lächeln; dann rief sie: „Mensch, wie kann doch Ihre Stimme weicher und gefühlvoller sein als Ihr Herz?“ Sie warf sich an meine Brust; schlängt ihre Arme um meinen Hals, drückte mir glühende Küsse auf Wangen und Mund, die ich in bitterster Verlegenheit, um nicht zu fränen, mit kanger Furcht erwiderte.

Zumindest ihrer Lieblosungen aber fasste ich den Entschluß, das meinen Frieden verderbende Haus zu verlassen. Eine Notlüge dazu bat sich mir sogleich dar. Ich riss mich mit gehäufter Zärtlichkeit und Verzweiflung von der Baronin los, und erzählte ihr, Dein Gatte, theure Sabine, habe mich zurückgerufen, weil Du todfrank dastieder lagest. Sie ließ sich wünschen. Sie suchte mich zu beruhigen und ich gab sie bald nach Wien zurückzutreuen. Mitleid schien jetzt ihre Liebe zu versteteln und zu erhöhen. Als sie mich entließ, sagte sie schaudernd: „Fabian, sei barmherzig; werde nicht mein Mörder! Ich kann Deine Abwesenheit nicht überleben.“

Anderen Tages fing ich sogleich damit an, das etwas weitausge Rechnungswesen der Baronin durchzugehen, um die Vermaltung ihres und des eben so grechen Vermögens ihrer Stiefsohne in Ordnung zu hinterlassen. Jedermann im Hause erfuhr von meiner bevorstehenden Abreise. Die Freiherrin, Neffenin weiblicher Verstellungskunst, blickte sich, in Gegenwart anderer so leicht und gelassen gegen mich, wie immer. Indes fand ich das Fräulein, als ich zur gewohnten Stunde

meine Harsche zu ihr ins Zimmer trug. Sie fuhr bei meinem Eintreten erschrocken vom Stuhle auf; erwiderte meinen Gruß kaum; wandte sich von mir ab; erklärte, sie verlange gerade heute keinen Unterricht, und mit dem Gesicht gegen das Fenster gewendet, trocknete sie sich die Augen. Ich hatte eine Weile schwiegend; dann empfahl ich mich ehrerbietig. Sie aber rief mich zurück, trat mit einige Schritte entgegen und fragte: „Sie wollen also fort vor uns?“ Ich wiederholte ihr meine Wahrheit. „Und noch eine Frage?“ sagte sie nach kurzem Schweigen. Ihre Lippe bebte, als wollte sie gewaltsam ein Gefühl überwinden, dessen sie sich schämte. Dann fuhr sie fort: „Sagen Sie mir mit Ihrer natürlichen Offenheit, Herr Person, wßt der Gedanke an Ihre Schwester oder der Missmuth über uns, was Sie schon seit einiger Zeit verspüren? Sie sind nicht mehr wie sonst. Sind Sie heidig worden? Sie haben mich vielleicht unwillkürlich geprägt? Ich sehe es, der Unwillen gegen mich ist es, der Sie forttriebt. Sie thun mir Unrecht!“

„Nein, mein Fräulein, nein!“ rief ich, sieher bewegt und unbefangen als je, kniete zu ihren Füßen und ergriß ihre Hand. „Nein, wie könnten Sie mich fränen? Und wenn Sie mich tödten, ich würde Sie dennoch . . .“

Es war mir unmöglich, das Wort auszusprechen, was sie dessen ungeachtet erriet. Es gab einen Stillstand in unserem Gespräch. Ich lag gebannten vor ihr, meine Lippen auf ihre Hand gedrückt. Sie hielt mit der andern die Augen bedekt; noch lange bedekt, auch als sie nicht mehr weinte. Sie befahl mir, aufzustehen. Ich blieb mit niedergeschlagenen Augen vor ihr. Endlich nahm sie das Wort und sagte: „Nun bin ich beruhigt. Und“, setzte sie stockend hinzu, „nun bleiben Sie bei uns; Sie wollen uns nicht mehr verlassen?“

Sie sprach's; war plötzlich wieder gefaßt, und lächelte mich mit trauriger Herzlichkeit an. Sie halte mich, ich hatte sie verstanden. Dies schien uns beiden zu genügen. Der

Trennung wurde mit keinem Worte weiter gedacht. Wir sprachen von hundert andern, oft ganz unbedeutenden Dingen; aber kein Wort von Liebe. Es war, als hielte eine edle Scham das Ungenügen der Gefühle im Bügel, doch aus der Betonung jeder Silbe klang es wie die Stimme verschwisterter Seelen. Wir plauderten, ganz sonderbar, so viel wie noch nie; ganz wie frohe, getrostete Kinder, die sich nach einem kleinen Zwist, zerjöhnen und viel zu erzählen haben. Sie klagte über die Lieblosigkeit ihrer Mutter; über die Rudringlichkeit des ihr verhassten Grafen; meinte, ich solle ihr Freund werden, denn sie habe in der weiten Welt keinen, als eine entfernt lebende Freundin, ich glaube, in Mähren; sie wäre eine Waise. Ich hingegen plauderte ihr vor der Schweiz; von der Schönheit des Engadins; von Dir, liebe Sabine. Sie erkundigte sich dann noch allem. Endlich deutete sie mit dem Finger auch nach dem Bändchen, das Du, aus Deinen Haaren, für mich zum Medaillon gesuchtet. Sie hatte es, da es unterm Halstuch etwas vorgeschoben schien, schon längst bemerkt, und fragte nun: „Tragen Sie das Bild der Frau von Schwanstein? Zeigen Sie mir das liebe Bild. Du wünschte mir eine Schwester, ich armes Mädchen, eine Schwester, wie Sie zu besitzen so glücklich sind.“

Als ich ihr die Rose von Disentis zeigte, sah sie mich mit großen Augen an, und als ich ihre summe Frage beantwortete, ihr die einfache Geschichte des Medaillons erzählte und dann dazu die Worte der sterbenden Mutter sagte: „Gieb es dereinst nur, wenn Dein ganzes Herz gehörten wird!“ — da bewußtigte sich meiner eine unglaubliche Verwirrung. Ich gab, wie trunken, in Elstrieders trunksame Augen. Das Medaillon zitterte in meinen Fingern. Ich reichte es Elstrieder schweigend und zur Erde gekrempftes Bildes hin. Sie nahm es. Ich weiß nicht, was in ihr, was in mir vorging; doch ich konnte nicht zu ihr aufblicken.

(Fortsetzung folgt.)

wachsende Zusammensetzung der Großindustriellen wirtschaftlich und politisch schon längst viel bedenksicher ist als das mit launem Gesetz anmachend auftretende Agrarierthum. Wie weit der Gesetzentwurf zum Schutz der Arbeitsschichten einen Sieg der sozialpolitischen Richtung des freieren v. Stumm, um einen Namen zu nennen, darstellt, wird von seinem Inhalt abhängen, auf den man ja nach der berühmten Leyhausen-Anklage besonders gespannt sein muß. Er geht dem Bunde nicht bald zu. Ob sich gewisse Postungen auf diesen fortlaufenden Thätigkeit bestätigen werden, ist fraglich. Die Politik des Verbinderns scheint in diesem Fall gescheitert zu sein. Das ist kein Unglück, denn diese Politik ist doch nur ein Hinauschieben. Es ist jedenfalls ganz möglich, wenn der neue Reichstag in seiner ersten Sessjon zu einer sozialpolitischen Frage von solcher Wichtigkeit offen Stellung nehmen muß, weil dann vielleicht einige Rübe für die nächsten fünf Jahre geschaffen wird, wie sie sich der vorige Reichstag durch seine Ablehnung des Umsturzgegesetzes geschaffen hat. Nur der Reichstag kann die Politik des Verbinderns wirksam brechen und die Stellen auffüllen, die sich vielleicht in einer Täuschung befinden über die Stärke der verschiedenen sozial-politischen Strömungen in der Volksvertretung.

Diese Auslösungen eines offenbar sehr gut unterrichteten Mannes sind recht beachtenswerth. Die „Zuchthausvorlage“ kommt also sicher. Die Sozialdemokratie wird ihren Mann stehen im Kampfe gegen die geplante Entrechtung der Arbeiter!

Die Flottenkollagen an der Arbeit.

Flottenkollagen sind bereits mit Hilfe der Landräthe wieder im vollen Gange. Die Berl. Schichau senden ihren Berliner Vertreter, den Prof. Busley, herum, um Vorträge zu halten für die Bildung von Flottenvereinen. So ist in Herdingen ein solcher Flottenverein für den Landkreis Krefeld unter Voritz des Landrats begründet worden. Der „Kölner Volkszug“ giebt die Versammlung in Herdingen zu der Bemerkung Palaf:

Was wollen denn die Flottenkollagen mit ihrer lärmenden Agitation? Es muß ihr völlig ausgeschlossen erachtet werden, daß der Reichstag die Anträge ergriffen könnte zu einer Aenderung des Flottengesetzes. Man muß aber auch von den verbündeten Regierungen erwarten, daß sie sich gleichfalls losal an den mit dem Reichstage vertretenen Flottilen halten.

Wenn es auf das Zentrum enkommt, dürfte es doch nicht so ganz ausgeklöppeln sein, daß der Reichstag eine Aenderung des Flottengesetzes einzutragen hätte.

Hurrah, die „Bestätigung“ kommt!

Die Bestätigung des Bürgermeisters Kitzinger ist, wie die „Berl. Zug.“ aus angeblich sicherer Quelle berichtet, in diesen Tagen aus dem Stadtkabinett des Kaisers an das Ministerium des Innern gelangt und dürfte in den nächsten Tagen im Rathause eintreffen.

Da wird eitel Freude sein in Troja's Hallen! Freilich wieder ein wichtiger „Über“-bürgermeister von Berlin! Wenn's nur nicht wieder eine „Ente“ ist? Das arme Freifrau.

Vom Friedhof der Märtyrgefallenen.

Die Sache des Friedhofskontroversial für die Märtyrgefallenen verlorter, der Magistrat sei enttäuscht, unter den bestehenden Verhältnissen dem Wunsche des Obertribunals auf Vorlegung eines anderen Entwurfes, bestehend in einem schmiedefernen Eingangsportal mit einem Hammelringgitter, nachkommen. Nach eingehender Erwägung der Angelegenheit gelangte er zu der Ansicht, daß zu der Abänderung des Portalentwurfs die Genehmigung der Stadtverordneten-Verfassung nicht erforderlich sei, da nur beschlossen sei, den Friedhof der Märtyrgefallenen in einen bei Berliner Friedhöfen ähnlichen Zustand zu verlegen und zu diesem Zwecke die Umwehrung zu verlieren und ein schmiedefernes Thor zu errichten.

Man bringt sich also bemüht — ohne die Genehmigung der Stadtverordneten einzuholen, die gewiß nicht erholt werden würde. Ob die Berliner Stadtverordneten sich das gönnen lassen?

Aus Bayern. Die Abgeordnetenkammer hat bei Bekämpfung des Enthüllungsgegesetzes zum Bürgerlichen Schießbuch eine Resolution gefasst, die eine Revision des Berggesetzes verlangt. Aufsteigende jungen bis Vorjüngste bei Reichsgesetzgebung über die Bergbau-zeuge und das Berggesetz als der amtierenden Macht eine gemeinsame Anwendung auf die Bergpolizei fordern, die Gewerbeaufsicht und die Bergaufsicht unterzutragen, die Gewerbeaufsicht und am Unterhaltung der Bergaufsichtsbeamten erhöhte Belohnungen bereitzubringen werden.

Der Aufsichtsbeamte erfuhr, daß eine neue Organisation der Bergbeamten und eine Aenderung des Berggesetzes bereits in Arbeit waren, welche mithaben, die erwarteten Forderungen zu erfüllen gedenken werden.

Ein dem Sonntag zugeschriebenes Enthüllungsgegesetz zur Gewerbeordnung hat die Ausbildung eines Bürgerlichen Schießbuches für alle Bevölkerung in Bayern, Sachsen und Thüringen für ihre Berg-, aus Männlichen Reihen aufzumüdig; die Schüler für Gewerbeaufsicht und Berg- und Oberbergamt und bestimmt, daß der Gewerbeaufsicht, die zur Führung einer über mit dem gleichen Gewerbe beschäftigten Person zusammenhängen, keine neuen Schulen zu errichten habe.

Ausland.

Die Realismus in Italien.

Den explosiv, das eine schwere Rente beim Ende Jedes Monats auf wechselt. Als es nach dem Ende ihrer Rücken getragen wurde, entzweiten sich zwei in Rom, das zweite folgte dem dritten und so folgten sie noch.

Dann kam man dann der Kommunisten zugetan, die zum heim wohnden Sozialisten den Antrag schickten, dass die Gewerbeaufsicht über die Berg- und das Bergaufsicht zu mächtigen Gewerbe General-Bergamt durch einen Entwurf des Reichs gebracht, das nunmehr auch Studien bei fremden Werken möglich ist, ebenso wie es bei der Gewerbeaufsicht eingeschränkte Weisungen gibt und in jedem Gewerbe eine gewisse Gewerbeaufsicht zu verhindern.

So ist es hier nicht die Polizei etwas bringt, je nach ihrem Besitzer alle öffentlichen Bediensteten aufzubauen, alle getragene aber aus geistlichen Sichtern zu unterscheiden. Seit „sozialistischer“ Zeit mit Bergbau bis zu den Alpen und mit einer Bergbau bis zu 1900 gewünscht. Dieser Bergbau wird nicht mehr aber an der Bergbauzeit verhindern. In Fall, das ein Bergbau nicht bei der Bergbauzeit, die Bergbauzeit, um die Bergbauzeit verhindern.“ — Somit wird eine Bergbauzeit bis zu den Alpen und Bergbau bis zu 1900 zu einem Bergbau für die Bergbauzeit. Telegraphen, Telephonanlagen und

Arbeiter, ebenso auch für alle Angestellten der für den öffentlichen Dienst bestimmten Werkstätten, die ihren Posten verlassen. Das Recht zu strecken, welches von allen früheren Gesetzen anerkannt worden war, wird also auf einmal aufgehoben.

Ihren höchsten Ausdruck aber findet die Reaktion in den Maßregeln gegen die Pressefreiheit. Bis jetzt hatte bekanntlich jede Zeitung einen „Gerechte“, d. h. einen verantwortlichen Beamten, der jedoch mit der Redaktion der Zeitung kaum etwas zu thun hat; dadurch konnte aber der eigentliche Redakteur der Zeitung mehr Diskussionsfreiheit haben, während die in der Zeitung vertretenen Ideen einen unpersonlichen Charakter erhalten, der ihre Wichtigkeit vermehrte. Von jetzt an muß der „Gerechte“ (Gerecht = Verleger, Verantwortlicher) abgeschafft werden, und die Verantwortung muß auf den Chefredakteur der Zeitung fallen. Und was für eine Verantwortung! Jeder kleinste Irrthum eines Korrespondenten, oder eines Reporters, oder eines Redakteurs, jede ungenaue Nachricht, jedes Wort, in welchem die Polizei eine Ausreizung zum Aufstand betrachtet, — alles wird mit Gefängnis oder mit hohen Geldbußen bestraft. Und so verleugnet das neue Italien selbst jene Prinzipien, auf denen es seine Einigkeit erbaut hat. Die Abschaffung des Gerechten wurde schon einmal im Sudalpinischen Parlament von den Klerikalen verlangt: damals aber widersegte sich mit ferner ganzen Kraft Camillo Cavour, der eben in der Institution des Gerechten die erste Kraft der Diskussion in den politischen Räumen sah. Was aber das kleine Piemont nicht wollte, will das neue große Italien durchdringen. Amis Italien!

Die Sozialdemokratie in Spanien.

Der „Schle. Zug.“ wird aus Madrid geschrieben:

Die Wahlen sind vorüber und haben, wie vorauszusehen, nach altpanspermischen Rütteln den Willen der Regierung in ihren Ziffern gerechtiglich widergespieilt. Wenn irgend ein Unterschied gegen früher zu bezeichnen war, so lag er bestimmt in der offenkundigeren, drastischeren Art, mit welcher die Wahlen selbst von oben herab gefälscht wurden. Da diesmal in der Hauptstadt die Sozialdemokratie von der Kanzlei der Konservativen gewonnen wurde, wird indes noch weniger als in früheren Jahren von der Sache Notiz genommen werden, und selbst den Legaten würde in Weisheit sehr wenig davon liegen, daß man ihnen die tatsächlich erzielten Sätze im Parteianteile vorenthalte. Zimmerman hat die Sozialdemokratie in Spanien diesmal bei den Wahlen nicht nur überausdeutlich große Erfolge erzielt, sondern sich bereits an der gefährlichsten Gegner der Regierung und des ganzen herrschenden Systems entpupt. Das große Charakteristikum des diesjährigen Wahlsatzes ist die weitere Thatfrage, daß die liberale Partei in den großen Städten, und besonders in Madrid, sich durch den Sozialdemokraten gegenüber in der Minorität sieht: das liberale Bürgertum hat offenbar den Kampf gegen die borbonische Monarchie, welche trotz der blutigen Lehre des letzten Krieges das anglikanische Land unaufhaltlich immer weiter verschoben, als ausköpflich ausgegeben, und so erklärt es sich, daß die liberale Partei, welche in ihrer heutigen Form vor kaum ein Jahrhundert noch nicht einmal existierte, heute mehr Wählerstimmen auf sich vereinigt als diejenige, welche noch vor wenigen Wochen das Land regierte. Allerdings muß dabei in Betracht gezoagt werden, daß die liberale, dank Sagasta und seiner jämmerlichen Streitfähigkeit, im Laufe eines Kreislaufs verloren haben. Nachdem die Sozialdemokratie erreichten die Rückblinker, und unter diesen wieder die Konservativen am stärksten auf dem Plane, und hätte die Sozialdemokratie nicht so unermüdbar gearbeitet, so wäre die Spanische Republik entstanden, oder zwei Konfessionen aufzuteilen durch Sozialdemokraten und Republikaner in den beiden Teilen Spaniens. Da andere großen Städten, wie Bilbao, Valencia und den Provinzen Barcelona u. s. w. erhalten die Sozialdemokratie mehr Stimmen als ihr Gegner zusammen. Besonders auffällig, aber nicht unerklärlich ist jetzt, daß hier der Sozialismus des linken Flügels nicht sowohl in einer Sache die Arbeiter als vielmehr das Kleinbürgertum und die jüngere Generation der gebildeten, aber nicht mit Kleinbürgertum geprägten Klassen für sich gewinnt. Besonders der Radikalismus zeigt noch sehr zum Antheil mehr unter den sozialdemokratischen Gewerkschaften noch soll unbedingt sein.

Wir danken und erfreuen uns aus solcher Feder kommen den Zeugnissen von dem gewaltigen Werkzeug der Sozialdemokratie in Spanien freuen. Unser erlicher Sieg wird das Wahrzeichen, um das wir einen besseren Zukunft entgegen führen. —

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2d. April.

Der Reichstag hatte heute wieder eine große und interessante Debatte über die Sozialpolitik. Zur Beratung stand der Beamtenantrag zur Errichtung von Arbeitskammern, in dem „zur Förderung der Arbeitsschönheit“ die Arbeitnehmer ihre Wünsche und Bedürfnisse für das Frieden zum Ausdruck bringen sollen. Im Bericht darüber war der Antrag des Abgeordneten Spindler zur Errichtung eines Arbeitsschönheitsamtes gekommen. Die Konservativen widrigen allerdings die Organisation der Arbeitskammern an die Gewerbeaufsicht an, die Gewerbeaufsicht soll einer Duldung und Lehranstalten die Gewerbeaufsicht und am Unterrichtung der Bergaufsichtsbeamten erhöhte Belohnungen werden.

Die Debatte wurde durch eine sehr umfangreiche Rede des Abg. Dr. Böge eingeleitet, die ebenso als leicht die Ergebnisse der späteren Sozialpolitik erläuterte. Da den Arbeitnehmern, wie es das Berichterstatt. ist, jeder Unternehmer und Arbeitgeber gleichzeitig die Gewerbeaufsicht bestreiten soll, so ist es nicht möglich, daß es eine Gewerbeaufsicht geben kann, die eine Gewerbeaufsicht der Gewerbeaufsicht und Lehranstalten die Gewerbeaufsicht und Lehranstalten die Gewerbeaufsicht der Bergaufsichtsbeamten erhöhte Belohnungen werden.

Die Debatte wurde durch eine sehr umfangreiche Rede des Abg. Dr. Böge eingeleitet, die ebenso als leicht die Ergebnisse der späteren Sozialpolitik erläuterte. Da den Arbeitnehmern, wie es das Berichterstatt. ist, jeder Unternehmer und Arbeitgeber gleichzeitig die Gewerbeaufsicht bestreiten soll, so ist es nicht möglich, daß es eine Gewerbeaufsicht geben kann, die eine Gewerbeaufsicht der Gewerbeaufsicht und Lehranstalten die Gewerbeaufsicht und Lehranstalten die Gewerbeaufsicht der Bergaufsichtsbeamten erhöhte Belohnungen werden.

Die Debatte wurde durch eine sehr umfangreiche Rede des Abg. Dr. Böge eingeleitet, die ebenso als leicht die Ergebnisse der späteren Sozialpolitik erläuterte. Da den Arbeitnehmern, wie es das Berichterstatt. ist, jeder Unternehmer und Arbeitgeber gleichzeitig die Gewerbeaufsicht bestreiten soll, so ist es nicht möglich, daß es eine Gewerbeaufsicht geben kann, die eine Gewerbeaufsicht der Gewerbeaufsicht und Lehranstalten die Gewerbeaufsicht und Lehranstalten die Gewerbeaufsicht der Bergaufsichtsbeamten erhöhte Belohnungen werden.

Die Debatte wurde durch eine sehr umfangreiche Rede des Abg. Dr. Böge eingeleitet, die ebenso als leicht die Ergebnisse der späteren Sozialpolitik erläuterte. Da den Arbeitnehmern, wie es das Berichterstatt. ist, jeder Unternehmer und Arbeitgeber gleichzeitig die Gewerbeaufsicht bestreiten soll, so ist es nicht möglich, daß es eine Gewerbeaufsicht geben kann, die eine Gewerbeaufsicht der Gewerbeaufsicht und Lehranstalten die Gewerbeaufsicht und Lehranstalten die Gewerbeaufsicht der Bergaufsichtsbeamten erhöhte Belohnungen werden.

Die Debatte wurde durch eine sehr umfangreiche Rede des Abg. Dr. Böge eingeleitet, die ebenso als leicht die Ergebnisse der späteren Sozialpolitik erläuterte. Da den Arbeitnehmern, wie es das Berichterstatt. ist, jeder Unternehmer und Arbeitgeber gleichzeitig die Gewerbeaufsicht bestreiten soll, so ist es nicht möglich, daß es eine Gewerbeaufsicht geben kann, die eine Gewerbeaufsicht der Gewerbeaufsicht und Lehranstalten die Gewerbeaufsicht und Lehranstalten die Gewerbeaufsicht der Bergaufsichtsbeamten erhöhte Belohnungen werden.

Klasse absolut kein Vertrauen und lehnte von seinem Standpunkt des starken Unternehmensabsolutismus aus alle Mittel rückweg ab. Aber er fand heute wenig Gehör beim Reichstag; nur Herr von Kardorff bemühte sich im Schweize sein Angesicht alle Kraftworte des Meisters durch sein „S richtig!“ zu unterstreichen. Herr von Stumm sieht in den Anträgen einen Triumph der Sozialdemokratie, er beschuldigte die Nationalliberalen, daß sie einen Riß in die staatshaltenden Parteien brächten und töte gegen die Arbeitskammern, wenn sie die Disziplin vernichten und ganz in die Hände der Sozialdemokratie fallen würden. Kurz, der Untergang bürgerlichen Welt stand ihm vor der Thür, sein einziger Trost war, daß nur die „unsoliden“ Arbeiter der sozialdemokratischen Verführung zum Opfer fallen, aber das sind nun schon über zwei Millionen. Den Kampf gegen Herrn von Stumm nahmen Herr Röske und Herr Heyl zu Herrnsheim mit guten Erfolgen auf. Herr Heyl bezeichnete die Stumm'sche Kriege als unerhört und fand scharfe Worte gegen den Centralverband deutscher Industrieller und die Presse, deren schamlosen Disponenten Disponenten in allen sozialpolitischen Dingen er nachwies. Werthvoll war seine Feststellung, daß der Centralverband einen übermächtigen Einfluß auf die Abgeordneten ausübe und die Majorität des Hauses seinen Herrschaftsgelüsten unterwerfen wolle. — Herr Röske trat für die Gleichberechtigung der Arbeiter ein und verwarf die Zuchthausvorlage, deren Kommen er den Worten des übrigen unterrichteten Herrn von Stumm entnahm. Die Zeit wußt vorgezogen, daß die weitere Debatte auf den nächsten Schwerinstag verschoben wurde, so daß Genosse Moltenburg erst am nächsten Mittwoch erwidern kann.

72. Sitzung: Mittwoch, den 26. April 1899. 1

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des folgenden Antrags der Abg. Dr. Lieber und Dr. Hesse (Benz.). „Die tatsächlichen Regelungen zu erüben, hinlänglich bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf zum Zweck der Errichtung von Arbeitskammern zu machen und vorgulegen, um so den Arbeitern den freien und freiwilligen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbedürfnissen Gelegenheit zu geben, sich über die Bedürfnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu erhalten“ (Kaiserliche Erlass vom 4. Februar 1898) in Verbindung mit dem folgenden Antrage der Abg. Dr. Pätz (freil. Bgg.) und Röske (wildl.): „Den Herrn Reichskanzler zu erüben, daß ein Rechtsverhältnis im Deutschen Reich unter Hinzuziehung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer obliegt.“

Dazu liegen Unteranträge vor von den Abg. Freiherr von Heyl zu Herrnsheim und Gen. (nationalist.) dem weitergebundenen Ausgleichung der Gewerbeaufsicht zu Einigungskammern u. s. w. und von der Abg. Röske und Dr. Pätz (kath. Verlebendiger) der Reichsfähigkeit an Berufsvereine, die den Vorchristen der bis 60 des Bürgerlichen Gesetzbuchs genügen.

Abg. Dr. Hesse (Benz.) führt zur Begründung des ersten Antrages an, daß derselbe die Verwirklichung der Ziele der Kaiserlichen Februar-Erlass anstrebe, ohne einen bestimmten Weg als den einzigen ehrlichen etwas kennzeichnen zu wollen. Die Einsicht der Arbeitnehmer soll eine gesetzliche Vertretung der Arbeiter bedeuten, die in Deutschland z. B. der Handel in den Arbeitskammern besteht. In diesen Arbeitskammern sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinigt sein; denn wir sind durchdrungen davon, daß die Interessen der Beiden im letzten Grade solidarisch sind. Natürlich kann es auch gegenseitige Interessen zwischen ihnen geben, und es werden bestrebt werden, Arbeitserorganisationen zu schaffen. Zum Schutz dieser besonderen Interessen halten wir auch eine Forderung auf Bildung von Berufsvereinen aufrecht. Der einzige Gegenstand, der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen soll, ist nur von der Sozialdemokratie konstruiert. In den Arbeitskammern wollen wir aber den Arbeitern ihre eigene Vertretung geben. Wenn sie hier mit den Unternehmern zusammen treten, werden sie lernen, daß die Unternehmern durchaus nicht die geborenen Feinde sind, daß es nicht blos körner Wille ist, wenn die Arbeitgeber nicht alle Wünsche und Forderungen der Arbeitnehmer erfüllen. Vor Allem werden die Arbeiter in den Arbeitskammern mit den Ergebnissen der Statistik selbst vertraut werden. Die Sozialdemokratie ist die einzige Macht, die am besten die Leidern der Sozialdemokratie widerlegt. Wir müssen die Arbeiter überzeugen von der Notwendigkeit der organischen Fortentwicklung. Ich erkenne freudig an, daß auch in der Sozialdemokratie sich immer mehr eine Strömung nach dieser Richtung hin beweist. Wir werden dafür sorgen, daß diese Ansprüche, die sich bei den wissenschaftlichen Zentren der Partei verbreiten, auch bis in die letzten Arbeiterschichten dringen. Es giebt in dem deutschen Arbeiterschaft noch viel gesuchte, drastische, nationale Elemente. Es wird die Aufgabe der Kommission sein, sich über die einzelnen Punkte der Organisationsarbeit zu verständigen. Die Arbeiten für die Einrichtung würde auf den Staat tragen müssen. Wir würden unterschieden zwischen Arbeitern und Berufskammern. Die Aufgabe der Berufskammern wäre es, vor allem Vorstände und Gremien abzugeben über Arbeitsschaffnisse, Wohnungsfeuerwehr, Kindergarten u. s. w. Die Berufskammern sollen die Vorstände und die Behörden übermitteln. Die Vorstände vom Staat ernannte Beamte sein und müssen besondere Energie und Erfahrung besitzen. Unsere Anträge enthalten nur den sozialen Kern der 1878 von den Sozialdemokraten gefestigten Anträge, die in der damaligen Form unannehmbar waren. Ich bitte daher, daß dieser berechtigte Kern heut bei allen Parteien Akzeptanz finde. Vor Allem werden die Arbeiter in den Arbeitskammern mit den Ergebnissen der Statistik selbst vertraut werden. Die Sozialdemokratie ist die neue Erkenntnis nicht ohne Einfluss zu ziehen. Zentren der Partei verbreiten, auch bis in die letzten Arbeiterschichten. Diese Debatte hat den Sozialdemokratie unbestreitbare Theorie haben vor den Zentren nicht Stand halten können. Es wird jetzt auch viel bessere Schutz der Arbeitsschichten gegeben. Ich kann aber da über das gegenwärtig geltende Recht noch Einsicht haben, der nicht weiß, wie hart schon jetzt die Straßen sind. Die Debatte hat die Strafen, die bei Arbeitsschließungen begangen werden. Auch er erkennt als die Notwendigkeit einer genauen Kenntnis der beständigen Verhältnisse. Gleichzeitig würde sich die Zentrale des Arbeiters auf die Landwirtschaft zu erkennen haben. Gleichzeitig müssen die vom ihm geführten Ergebnisse die überwältigende Mehrheit geben. — Sozialreiche Muster für das von uns verfolgte Reichsbedürfnis bietet uns das Ausland. Ein Bedürfnis der Sozialdemokratie ist jedes vorhanden. Ich beantrage, unseren Zentralen zu beauftragen, den der Nationalliberalen aber an die Seine Begegnungskommission zu verweisen. Ich bitte, daß wir auf allen Seiten das hohe Maß Sympathie finden (Benz.).

Den Antrag Sachsenlöwen begründet Abg. Sachsenlöwen (fr. Bgg.). Das Reichsarbeitsamt soll die Daseinssituation der Arbeit verbessern. Es soll durch die Ausarbeitung der Statistik der sozialen Diskussion eine Unterlage geben. Die wissenschaftliche Rationalisierung verpflichtet hent nicht mehr eine Beziehungsverhältnisse mit einer Partei, deren mittlere Stufen zu zerbrechen drohen. Es sind zwar allenthalben Zeichen für die Bildung eines neuen Mittelstandes vorhanden. Auch auf der Sozialdemokratie ist die neue Erkenntnis nicht ohne Einfluss zu ziehen. Die Debatte hat die Strafen zu ändern. Ein Bedürfnis der Sozialdemokratie ist jedes vorhanden. Ich beantrage, unseren Zentralen zu beauftragen, den der Nationalliberalen aber an die Seine Begegnungskommission zu verweisen. Ich bitte, daß wir auf allen Seiten das hohe Maß Sympathie finden (Benz.).

Abg. Abt. v. Stumm (fr.) Ich bedaure, dem Herrn Abt. v. Stumm die Illusion neigen zu müssen, daß sein Antrag bei allen Arbeitern zu Sympathie führen wird. Er wäre vor 20 Jahren ein Meister gewesen. Dieser Antrag sowie der Antrag Böge macht ohne Zweifel der Sozialdemokratie einen großen Schaden.

1885 wurde ein ähnlicher Antrag der Sozialdemokraten in der Nationalversammlung bearbeitet. Ich halte auch heute noch die Weitertragung des Knappheitszwecks auf die ganze Industrie für möglich. Für viel wichtiger als diese sozialpolitischen Experimente halte ich nach wie vor die Witwen- und Waisenversorgung; sie gibt den Arbeitern Brot, solche Experimente dagegen nur Steine. (Abg. v. Kardorff: Sehr richtig.) Die Vorschläge des Herrn Hildebrand zeigen, daß er keine praktische Erfahrung hat. Wenn er sich bei jedem Streit der Arbeiter sofort an die Arbeitskammern wenden darf, dann ist die Disziplin bald zum Teufel. Ich weiß auch gar nicht, woher Herr Hildebrand das Material für die Arbeitskammern nehmen will. Es ist schon heute sehr schwer, die richtigen Gute für die Selbstverwaltung zu finden. Wie soll das hier werden, wo viel wichtige Dinge in Frage kommen? Außerdem kann die Institution nur den anarchistischen und sozialdemokratischen Führern zu Gute kommen. (Abg. v. Kardorff: Sehr richtig!) Der Arbeiter selbst wird schwer in die Arbeitskammern kommen zu bekommen sein, denn ihm steht die Erziehung seiner Familie viel mehr am Herzen. — Ich halte den Antrag Hildebrand für unannehmbar. Die Gewerbeberichte haben ganz andere Funktionen, als sie den Arbeitskammern zufallen sollen. Ich muß sagen, daß wir der Antrag Hildebrand noch lieber als der Antrag Kardorff. Denn der Antrag Hildebrand ist nur geeignet, die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu stärken; danach wird der Arbeiter gezwungen, diese Gewerkschaften anzunehmen. Gegen diese Antireine Kinderspiel, die Arbeitskammern werden Lohnerschüttungen und die Hälfte können auf Lohn nicht eingehen. Siehe mir unter, um zu konzentrieren, daß im Sinne der Organisationen die nicht verpflichtet. (Abg. v. Kardorff:)

Abg. v. Kardorff: Stimm die Einheit bezeichnet, so muß jeder Einheitlichkeit Erlass sein. Ferner ist und den Deutschen verbunden mit dem Deutschen ein Urteil. Tolerantismus ist. Es hat sich schon eine für Arbeitgebermeister unbrauchbare Mitarbeit der Arbeiter von Stumm für kommen werden. Schon Arbeitgeber ihrer Muth haben demokraten in die bei ganz Recht, gelehrt werden, ebenso viel Muth Ruth dazu gehören der Staatskraft und im Be. (Abg. Körner: um den Arbeiter in unserer Amtierung der Kais diese Anträge sind Dinge, die Arbeiter vorliegender Zusatz. Ich f. Stumm. Der Stumm begreift sieben ja diesen des Arbeitgeberbez. Es wird keinen gesprochen haben. Es bedarfcede, um den richtig! (Körner: mächtigen Bianchi liegen, und es läuft nach dem Streit die Lebenshaltung Auslandsökonomie. Berechtigung jed nur politische Mein hat am 17. Mai Arbeiter in der freue mich, daß werden ist, die, ist und Beifall. (Abg. Basbachs ganz von Stumm die wird Herr von Körner gleichfalls erung sozialde. Wir haben seit 1880 hier mit Arbeitern statt, es untere Haftung. Herr Friedebold ist ein Mittel. Schluß, daß der Aufsteiger ist kein Gericht, bereits zum zweiten und Arbeitern gemeinschaft der Bauten geraten den sozialen Fragen. (Gelehrte Beratung der Arbeitskammern.) Hierauf endet sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Zweite Lesung der Bankgesetzvollerei).

Schluß 6½ Uhr.

Bremischer Landtag.

Berlin, den 26. April.

Das Abgeordnetenhaus hat heut das Gesetz in erste Lesung genommen, das 5 Millionen Mark weitere Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern in staatlichen Betrieben und kleinen Beamten bereit stellt. Hierbei entpuppt sich eine längere sozialpolitische Debatte, die das Abgeordnetenhaus mit recht schwachen Kräften bestreitet. Man stritt sich darüber, ob es vortheilhafter sei, Eins- oder Zweifamilienhäuser oder große Kosten auf Staatskosten zu bauen. Baumeister Zellisch hielt den Bau von Arbeitserlernern für empfehlenswerter und hatte den sieblichen Grund dafür. Sicherlich, daß ja auch in Privathäusern die Arbeiter

gewohnheitsmäßig dem Himmel am nächsten wohnen. Er übernahm, daß das Proletariat auch eine merkwürdige Vorliebe für Kellerwohnungen entwickelt, obwohl sein sozialpolitisches Verständnis auch heraus glänzende Schlüsse ziehen können. Der Einzige, der auf die beobachteten Seiten der Konservierung der Arbeiter hinweist war der freisinnige Abg. Hirsch. Er verlangte von der Kommission, an welche das Gesetz gewiesen wurde, daß sie besonders darauf achten sollte, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht durch diese Bindung an die Scholle Schaden erfahre. Da dürfte ihm die Kommission eine rechte Enttäuschung bereiten. Für die Veteranen wurde dann ein Antrag der Freikonservativen angenommen, wonach die preußische Regierung beim Bundesrat dahin wirken solle, daß die Mittel zur Gewährung von Beihilfen von 120 Mark an alle als berechtigt anerkannten Veteranen durch Nachtragstat alsbald geschaffen werden. Herr von Miquel machte ein recht sifersches Gesicht zu diesem Beschlus. Die nächste Sitzung findet erst am Montag statt. Der Antrag Kamp über die Leutenoth kommt zur zweiten Lesung.

Der 1. Mai
ist der
Demonstrations-, Feier- und Ehrentag der Proletarier der ganzen Welt.
Rüstet Euch zum Feste!

Welt.

Welt wird aus Stettin gemeldet: in der Wilhelmstraße zu Stettin scher gerade aus einer in der Wohnung gefangen war, auf seine neue schreibt. Der Mörder legte sich auf eine Tisch und schoss sich ebenfalls eine töte. Das Motiv ist vermut-

hat zu Odessa im Instruktionen, wo eine halbe Kompanie stand war. Viele Personen, eine Gemeinde wurden getötet, sechs starke Riffe erhalten. In New-Orleans nach New-York weg ist bei Florida gefunken. Ein des Schiffes sind entrunnen. Von Fleer zu Philadelphia, wo er, fand Dienstag Vormittag eine vollständig zertrümmert wurden. Erden schwer beschädigt. Die Erde von Benzin veranlaßt. Zweieinhalb Männer verwundet; ferner et und 20 Personen mehr über

Herrmann.

Stiftet heut Donnerstag das Schwurau. Im Januar dieses Jahres Scheiterer Thore belegten Häusern vorgenommen. Bei dieser Hitze. Wie wir seinerzeit mit dem Fußboden des Kellers ein Rennen lag. Auf der Mitte der alten steckende Treppe gefunden. Und die Jahreszahl 1864. Unter jenseits, an den Brünen fand man Schädel des Getriebes war voll-

ang ließ keinen Zweifel, daß das August 1855 verschwundenen Frau Hauses Fürstenstraße 11 und Theina in zu nennen. Der Ehemann wurde Frau verdächtigt, doch fanden sich der früher in dem Dorfe Koberwitz 30 Jahre zum ersten Male verhäutet brutal. Die Ehe wurde im und Herrmann als schuldiger Theil er Ehe sind jedoch nur zwei am st wenig Tage nach der Geburt. Schuh nacher ist, aber sich vielleicht auch als Fleischbeschauer thätig. Als er einmal gefragt wurde, ob alle seine Kinder sterben, soll er Kinder nicht ernähren, ob giebt ja Trocken Chancen genügen für ein

er durch einen Unglücksfall ihren Arm und eine lebenslängliche monatliche Rente das Mädchen zu überreden, ihm unter der Vorstellung: er wolle ja und es abzählen heiraten. Das Ge des Verkehrs mit Herrmann ie nach der Geburt starb das Kind schließlich die ehemalige Fabrikarbeiterin. Von Herrmann das ihm von seiner Geld verlangte, sagte Herrmann: S mehr vorhanden."

mann von der Witwe Kabuse in Thaler mit der Bedingung, daß dem Hause eine Stube unentgeltlich errichtet schuldet der Kabuse 100 Kreuzer Kabuse stark pflichtig. Als die 100 Thaler verlangten, zeigte ersteren unterfreute Leitung

iner ersten Frau geschieben war, er lernte er im Jahre 1884 die ihn geb. Willmann kennen. Im ersten. Diese, seine zweite Frau, Fürstenstraße 11. Herrmann soll seine Handelst haben. Die beiden Stiefi- r schließlich nach dem Geschwinden r vergewaltigt hatte, wurde er ver-

haftet und wegen Roheit zu einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurtheilt. Während Herrmann im Gefängnis saß, wurde das Haus Fürstenstraße 11, da die Hypotheken nicht bezahlt wurden, hubbesirt. Als Herrmann aus dem Gefängnis kam, hatte er sich in dem Keller seines Hauses ein kleines Zimmer eingerichtet und dort ein volles Jahr lang Wand an Wand neben dem Leichnam seiner Frau gewohnt.

Im Jahre 1891 strengte Herrmann gegen seine angeblich verschwundene Frau wegen böswilligen Verließens die Ehescheidungslage an. Die Ehe wurde auch rechtzeitig geschieden und Herrmann verheiratet sich zum dritten Male. Aber auch mit seiner dritten Frau soll Herrmann die denkbare schlechteste E. geführt haben. — Herrmann steht jetzt wegen Ermordung seiner zweiten Frau vor Gericht. In Staatsanwaltschaft scheint der Meinung zu sein. Herrmann habe noch eine Reihe anderer Morde begangen, die aber verhöhnt und nicht mehr nachzuweisen seien. Herrmann heißt mit Vornamen Franz. Er ist am 13. Dezember 1884 zu Rengersdorf, Kreis Glad, geboren. Katholischer Konfession und meistens vorbestraft. Den Beruf des Schwurgerichtshofes wird Landrichtsdirektor Selle führen. Die Verteidigung und zwar als Verteidiger hat Rechtsanwalt Dr. Ernst Ramroth (Berlin), ... 1896 vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin I den früheren Rechtsanwalt Dr. Fritz Friedmann verteidigt hat, übernommen.

Die Maurer in Weissen befinden sich im Zustande. Im Betracht kommen 300 Maurer, 77 arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen.

Die Goldschläger in Schwabach haben beschlossen, in Folge der abwehrenden Antwort der Prinzipale auf die Lohnforderungen der Schläger in einen Streik einzutreten. Mit ihnen treten auch die Nürnberger Arbeiter der Brauerei in eine Bewegung ein. In acht Tagen treten die Aluminiumschläger in den Streik ein, die Arbeiter der Silberbranche feiern bereits 14 Tage, so daß dies in 14 Tagen die gesamte Silberbranche die Arbeit ruhen läßt.

Die Bäcker-Arbeiter in der jüngsten deutschen Stadt, in Riedorf, wollen nicht hantieren. Ihre Berliner Kollegen zurücktreten. Gleich diesen sind sie in eine Lohnbewegung eingetreten, die ihnen ein menstchenwürdiges Dasein sichern soll.

Über die Firma Gottschalk & Co. (Seegutschweber) in Riedorf ist von einer Sattler-Versammlung die Sperrre verhängt worden. Die acht Kollegen, die dort arbeiten, hatten nach Abschluß der 14-tägigen Rücksprungsfrist die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich darum, die Entfernung eines Büchsenhebers herbeizuführen.

1885 wurde ein ähnlicher Antrag der Sozialdemokraten in der Reichstagsperiode gestellt. Es sollte auch heute noch die Übereignung des Knappheitszwecks auf die ganze Industrie für möglich. Für viel wichtiger als diese sozialpolitischen Experimente halte ich nach wie vor die Witwen- und Waisenversorgung; sie gleicht dem Arbeiterbrot, solche Experimente dagegen nur Steine. (Abg. v. Kardorff: Sehr richtig!) Die Vorschläge des Herrn Hölzle zeigen, daß er keine praktische Erfahrung hat. Wenn er sich bei jedem Streit der Arbeiter sofort an die Arbeitssammern wenden darf, dann ist die Disziplin bald zum Teufel. Ich weiß auch gar nicht, woher Herr Hölzle das Material für die Arbeitssammern nehmen will. Es ist schon heute sehr schwer, die richtigen Gute für die Selbstverwaltung zu finden. Wie soll das hier werden, wo viel wichtiger Dinge in Frage kommen? Außerdem kann die Institution nur den anarchistischen und sozialdemokratischen Fabriken zu Gute kommen. (Abg. v. Kardorff: Sehr richtig!) Der Arbeiter selbst wird schwer in die Arbeitssammern zu bekommen sein, denn ihm liegt die Ernährung seiner Familie viel mehr am Herzen. — Ich halte den Antrag Heyl für unannehmbar. Die Gewerbegerichte haben ganz andere Funktionen, als sie den Arbeitssammern zufallen sollen. Ich muß sagen, da ist mir der Antrag Hölzle noch lieber als der Antrag Heyl. Denn der Antrag Heyl ist nur geeignet, die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu stärken; danach wird der Arbeiter gezwungen, diese Gewerkschaften anzuerkennen, während er sie jetzt ignorieren kann. Gegen diese Anträge ist die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine das reine Kinderspiel. (Abg. v. Kardorff: Sehr richtig!) Die Arbeitssammern werden geradezu einen Stimulus für die Arbeiter für Lohn erhöhungen bilden. Die Arbeiter werden fortwährend um Lohn erhöhungen einkommen. Das Einigungskomitee wird vermitteln und die Hälfte der Lohn erhöhungen billigen. Die Arbeitgeber können auf Lohn erhöhungen meist ohne Schädigung ihrer Interessen nicht eingehen. Es kommt zum Streit. Eine andere Entwicklung scheint mir undenkbar. (Abg. v. Kardorff: Sehr richtig!) Ich schenke mich dahin; für sozialistische Zwecke genügt die Kommission für Arbeiterschaft vollkommen. Ein Reichskomitee für Arbeiterschaft im Sinne des Antrages Bachmeyer würde nur den Kampforganisationen der Arbeiter die Waffen liefern, und dazu sind wir nicht verpflichtet. Ich hoffe, die Regierung wird sich vielmehr auf diesen Abweg drängen lassen. (Vorleser: Ja, ja! beim Abg. Kardorff.)

Heyl zu Herrnsheim (natl.): Wenn Herr von Stumm die Einigungsräte als Steine statt Brot für die Arbeiter bezeichnet, so muß ich sagen, daß ich auf eine derartige Kritik der sozialistischen Classe keine Einwendung finden kann. (Große Heiterkeit.) Herrn sprach Herr von Stumm über das unterste Urtheil und den Toleranzmaius der Arbeiterverbände. Nun, der Zentralverband deutscher Industrieller hat in den meisten Dingen, über die er ein Urteil abgegeben, einen weit größeren und läudischeren Toleranzmaius befürwortet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es hat sich schon oft gezeigt, daß Fabrikarbeiter sehr richtige Grundriffe für Arbeitserhöhungen lieferen, während Einheiten der Baumeister unbrauchbar waren. Sollen wir da nicht mit Freuden die Mauer der Arbeiter auch auf anderen Gebieten begrenzen? Herr von Stumm fürchtet, daß Sozialdemokraten in die Arbeitssammern kommen werden. Nun, ich halte es für eine Belästigung der deutschen Arbeitgeber, wenn man glaubt, sie werden nicht den moralischen Ruth haben, gegen unzureichende Forderungen der Sozialdemokraten in den Arbeitssammern einzufordern. Herr v. Stumm hat ganz Recht, wenn er glaubt, daß, wenn die Anträge bestanden wären, sie wieder kommen werden, und ich glaube, es gehört ebensoviel Ruth dazu, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wie Ruth dazu gehört, trotz der sozialdemokratischen Agitation die Interessen der staatstreuen Arbeiter zu vertreten. (Lachhaftes Bravo! Klatsch und im Zentrum.)

Abg. Hörsch (wildl.): Wir haben den Antrag eingeholt, um den Arbeitern die Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen. In unseren Anträgen sehen wir einen Schritt weiter zur Bemühung der Kaiserlichen Februarverfassung. Nur Böswilligkeit kann diese Anträge als sozialdemokratische bezeichnen. Es gibt viele Dinge, die Arbeiter und Arbeitgeber gleichzeitig interessieren. Von den vorliegenden Anträgen gebe ich dem des Herrn v. Heyl den Vorzug. Ich freue mich über seine Gegnerlichkeit mit Herrn v. Stumm. Den Unmut über den sozialpolitischen Kurs des Herrn v. Stumm begreife ich. Alle Vertreter des patriarchalischen Prinzips stehen ja diesem Unmut; ich könnte sie besser als die Vertreter des Arbeitgeber-Absolutismus bezeichnen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es wird immer von den großen geschlechterlichen Schwierigkeiten gesprochen, die unseren sozialreformerischen Absichten entgegenstehen. Es bedarf aber wirklich seines großen geschlechterlichen Kunfts, um den Arbeitern volle Kooperationsfreiheit zu geben. (Sehr richtig! links.) Herr v. Stumm hat auf den Rückgang der Ausfuhr in manchen Branchen hingewiesen. Aber der Inlandskonsum ist gegangen, und es liegt gar nicht im Staatsinteresse, wenn die Behörden sich gegen Streiks im Allgemeinen wenden, die doch dazu dienen, die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zu steigern und damit den Inlandskonsum zu erhöhen. Damit will ich natürlich nicht der Berechtigung jedes Streiks das Wort reden. Was ich verlange, ist nur volle Neutralität. Herr v. Miquel, der Liebling der Rechten, bat am 17. Mai 1890 ausgesprochen, daß das Zusammenfassen der Arbeiter in Berufsvereinen auch im staatlichen Interesse liegt. Ich bitte mich, daß Herr v. Heyl ein Blizkärtchen für die Angriffe gegeben hat, die furchtbar gegen mich allein gerichtet wurden. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Bäffermann (national): Ich bin mit dem Antrag Bachmeyer ganz einverstanden. Wir befassen uns gegenwärtig mit der Frage, ob derartige Organisationen richtig sind. Und Herr von Stumm auch den Minister Dr. Bärnecker, der ebenfalls für Arbeitssammern ausgeprochen hat, der Förderung sozialdemokratischer Endzwecke beschuldigen? (Heiterkeit.) Wir haben bei den gleichen Staatsräten vertraten wie heute, bereits 1885 hat mein Freund Dr. Leibnitzhäuser sich für die Wünsche der Arbeiterklasse aufgeschlossen. Ich bemerkte nichts von dem Riß, den unsere Haltung in die staatsempfahrenden Parteien machen soll. Auch Herr Jacobshäuser hat sich für die Arbeitssammern ausgesprochen als ein Mittel zum Frieden. Ich komme mit Herrn Hölzle zu dem Schluß, daß die Zeiten des patriarchalischen Systems vorüber sind. Den Neuerungen des Centralverbandes deutscher Industrieller leiste ich kein Gewicht bei. Da er doch selbst der Sozialist ist, war er bereits zum Sozialdemokraten geworden! Was wir den Handwerkern und den Landwirten zubilligen, müssen wir auch den Arbeitern gewähren. Auch ihre gelegliche Regelung der Rechtschaffenheit der Berufsvereine ist unumstößlich. Mit unseren Anträgen geraten wir keineswegs auf Abwege, sondern aber wesentlich den sozialen Forderungen. (Lachhaftes Brüllen bei den Nationalen.)

Hierauf verzog sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Zweite Lesung der Gesetzesvorlage).

Schluß 6½ Uhr.

Dreißiger Landtag.

Berlin, den 26. April.

Das Abgeordnetengesetz hat heut das Gesetz in erste Lesung genommen, das 5 Millionen Mark weitere Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern in staatlichen Betrieben und kleinen Beamten bereit stellt. Hierbei entspannt sich eine längere sozialpolitische Debatte, die das Abgeordnetenhaus mit recht schwachen Kräften bestreitet. Man stritt sich darüber, ob es vortheilhafter sei, Eins- oder Zweifamilienhäuser oder große Kasernen auf Staatskosten zu bauen. Baumeister felicitiert den Bau von Arbeiterskasernen für empfehlenswerther und hatte den lieblichen Grund dafür in Betracht, daß ja auch in Privatbauten die Arbeiter

gewohnheitsmäßig dem Himmel am nächsten wohnen. Er überfaßt, daß das Proletariat auch eine merkwürdige Vorliebe für Kellerwohnungen entwickelt, obwohl sein sozialpolitisches Verständnis auch hieraus hätte glänzende Schlüsse ziehen können. Der Einzige, der auf die bedeutsamen Seiten der Kasernierung der Arbeiter hinwies war der freisinnige Abg. Hirsch. Er verlangte von der Kommission, an welche das Gesetz gewiesen wurde, daß sie besonders darauf achten sollte, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht durch diese Bindung an die Scholle Schaden erfahre. Da durfte ihm die Kommission eine rechte Enttäuschung bereiten. Für die Veteranen wurde dann ein Antrag der Freikonservativen angenommen, wonach die preußische Regierung beim Bundesrat dahin wirken solle, daß die Mittel zur Gewährung von Beihilfen von 120 Mark an alle als berechtigt anerkannten Veteranen durch Nachtragstat bestellt geschaffen werden. Herr von Miquel machte ein recht sauerliches Gesicht zu diesem Beschlus. Die nächste Sitzung findet erst am Montag statt. Der Antrag Camp über die Leutenoth kommt zur zweiten Lesung.

Parlamentarisches.

Die Reichsgesetzliche Regelung der Polizeistunde verlangt eine von den Sitz- und Schankwirthschaften Berlins und der Umgegend dem Reichstag eingereichte Petition. Die Petition gipfelt in dem Entschluß an den Reichstag, auf den Erlaß allgemeiner reichsgesetzlicher Vorchriften hinzuwirken, durch welche die auf die Polizeistunde bezüglichen gegenwärtig im Gastwirtschaftsgewerbe herrschenden Zustände der Rechtsgleichheit und Umsicherheit ein für allemal bestellt werden sollen.

Im preußischen Abgeordnetenhaus sollen in nächster Zeit die Sitzungstage und sitzungsfreie Tage mit einander abwechseln, um den Kommissionen die Möglichkeit zu verschaffen, schneller für das Bleikum vorzuarbeiten.

An die Einbringung des Waarenhandsteuergesetzes ist vorläufig nicht zu denken. Die vom Handelsministerium ein geforderten Gutachten über den vorläufigen Gesetzentwurf unterliegen gegenwärtig im Finanzministerium einer Prüfung, und die weiteren Erwagungen, die sich daran knüpfen, werden nach offiziöser Verabschiedung noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Partei-Angelegenheiten.

Warnung. Das Gewerkschaftsstell in Wolfenbüttel warnt vor einem sich Louis Schulz nennenden Glasarbeiter, der ein Schriftstück, versehen mit dem Stempel des Wolfenbüttler Kartells und der Unterschrift von dessen Vorsitzenden, vorzeigt und darauf Unterstützung zu erlangen sucht. Dieses Schriftstück ist gefälscht.

Schenderlein, der Enthüller, ist gerichtlich für unglaublich erklärt worden. Er hatte gegen den Genossen Haase in Greiz eine Denunziation wegen Unterschlagung eingereicht. Das von der Staatsanwaltschaft darauf gegen Haase eingeleitete Verfahren wurde eingestellt. Haase verklagte nunmehr den Schenderlein wegen Bekleidung und das Gericht verurteilte diesen zu 30 Mark Geldstrafe. Mit den „Enttäuschungen“ wird man aber im Lager der Stumm und Genossen ruhig weiter frebeln.

Maifeier. Arbeitsschuhe am 1. Mai beschlossen die Bauhandwerker in Reichenbach (Sachsen), die Schneider in Elmshorn, die Feilenbauer in Leipzig, die Vieherei-Arbeiter der Werft „Neptun“ in Rostock Arbeitsschuhe „soweit als möglich“ beschlossen in Leipzig die Bildhauer und Tapezierer. Die Korbmacher in Dresden beschlossen, vor jedem Kollegen zu verlangen, daß er für völlige Arbeitsschuhe wirke. Die Formier in Dresden nahmen folgende Resolution an:

In Überdruck, daß die Maifeier am besten durch Arbeitsschuhe begangen wird, empfiehlt die Versammlung allen Kollegen, an die Prinzipale mit der Frage um Freigabe des 1. Mai heranzutreten. Sollten bei Verweigerung trotzdem die Kollegen den 1. Mai feiern, so verspricht die Versammlung, für die Folgen einzustehen.“

Arbeiterbewegung.

Der Ausstand der Kreisfelder Weber hat weiter eine günstige Wendung zu verzeichnen. In zwei Fabriken ist nachdrücklich eine Einigung zu Stande gekommen. Bei Mottau und Leibnitz haben die Arbeiter die Arbeit am Freitag früh aufgenommen und die Arbeiter der Firma Salobs haben Freitag gleichfalls mit überwältigender Majorität beschlossen, zu den angebotenen Bedingungen in Arbeit zu treten. Am Montag ist auch diese Fabrik in Betrieb gesetzt. Goenro ist es gelungen, in Kheydt die Differenzen beigelegt.

Der Streik dauert fort bei den Firmen Schellekes und Ebeling. Während nun bei Schellekes eine vollständige Einigkeit unter den Arbeitern besteht und kein Streikbrecher zu vereinigen ist, steht die Sache bei Ebeling trauriger. Aber doch nicht so, daß der Streik nicht noch gewonnen werden könnte. Es haben sich christliche Streikbrecher eingefunden, deren Zahl im Laufe der letzten Tage auf 18 gesiegt ist. Mehr werden es nicht werden, weil die Christlichen dort nicht mehr Mitglieder in Arbeit hatten. Die anderen Arbeiter haben am Donnerstag Nachmittag einstimmig beschlossen, weiter zu streiken und unter den angebotenen Bedingungen die Arbeit nicht aufzunehmen. Der Ausstand wurde beauftragt, dem Chef der Firma davon Mitteilung zu machen.

Der Streik der Tapezierer in Kiel ist beendet. 30 Geschäfte, die 45 Gehilfen beschäftigen, haben die neufründige Arbeitszeit ohne Reduzierung des Wochlohnes eingeführt.

Die Maurer in Bremerhaven sind in den Ausstand eingetreten. Sie verlangen eine Lohn erhöhung von 5 Pf. pro Stunde, nichtlängere Lohnzulage; und Auszahlung des Lohnes auf den Bauern. Bisher haben 3 Bauern zugehört. bewilligt.

Der Streik der Stukkateure in Stettin ist nach achtziger Tagen durch Vergleich beendet.

Der Schneidestreik in Hamburg ist nunmehr für beendet erklärt. Noch einige Geschäfte, die den Tarif nicht bewilligen, verzögern der Verband der Schreider die Spur.

Die Maurer in Weizen befinden sich im Ausstande. Im Betracht kommen 340 Maurer, 77 arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen.

Die Goldschläger in Schwabach haben beschlossen, in Folge der abweisenden Antwort der Prinzipale auf die Lohnforderungen der Gehilfen in einen Streik einzutreten. Mit ihnen treten auch die Nürnberger Arbeiter der Brauerei in eine Bewegung ein. In acht Tagen treten die Aluminiumschläger in den Streik ein, die Arbeiter der Silberbranche feiern bereits 14 Tage, so daß dies in 14 Tagen die gesamte Silberbranche die Arbeit ruhen läßt.

Die Bäckerei-Arbeiter in der jüngsten deutschen Stadt, in Aixdorf, wollen nicht hören, ihre Berliner Kollegen zurückzuführen. Gleich diesen sind sie in eine Lohnbewegung eingetreten, die ihnen einen ebenbürtigen Dasein sichern soll.

Über die Firma Gottschalk & Co. (Segeltuchware) in Kassel ist von einer Sattler-Versammlung die Spur verdrängt worden. Die acht Kollegen, die dort arbeiten, hatten nach Ablauf der 14-tägigen Kündigungsfrist die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich darum, die Entlassung eines Zugänglers herbeizuführen.

Der 1. Mai

ist der

Demonstrations-, Feier- und Ehrentag der Proletarier der ganzen Welt.

Rüstet Euch zum Feste!

Aus aller Welt.

Über einen Doppelmord wird aus Stettin gemeldet: Gestern Morgen um 3 Uhr fuhrte in der Wilhelmstraße zu Stettin der Kaufmann Paul Scholz, welcher gerade aus einer in der Wilhelmstraße belegenen Restaurant gesessen war, auf seine Ehefrau einen Schuß ab, worauf diese schreiend in das Restaurant zurückflog und bald darauf verstarb. Der Mörder legte sich auf eine Kugel in den Kopf, die ihn sofort tödete. Das Motiv ist vermutlich Eifersucht.

Eine furchtbare Explosion hat zu Odessa im Instruktionssaal der Kavallerie Nr. 5 stattgefunden, wo eine halbe Kompanie Soldaten zum Unterricht versammelt war. Vier Personen, ein Offizier, drei Unteroffiziere und vier Gemeine wurden getötet, sechs verwundet. Der Saal hat starke Risse erhalten.

Schiffuntergang. Der von New-Orleans nach New-York bestimmt Dampfer „General Whitney“ ist bei Florida gesunken. 27 Personen, unter ihnen der Kapitän des Schiffes, sind ertrunken.

In der chemischen Fabrik von Pier zu Philadelphia, wo etwa 400 Arbeitnehmer beschäftigt werden, fand Dienstag eine Explosion statt, wodurch die Gebäude vollständig zerstört wurden. Auch die benachbarten Gebäude wurden schwer beschädigt. Die Explosion wurde durch die Entzündung von Benzol veranlaßt. Zwei Männer wurden getötet und zwei Männer verwundet; ferner wurden eine Frau tödlich verwundet und 20 Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

Mordprozeß Herrmann.

Ein sensationeller Prozeß beschäftigt heut Donnerstag das Schwurgericht des Landgerichts zu Breslau. Im Januar dieses Jahres wurden in dem Keller des vor dem Scheiniger Thore belegenen Hauses Fürstenstraße 11 bauliche Veränderungen vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit stieg man auf einen Hohlräum. Wie wir seinerzeit mitgetheilt haben, fand die Polizei unter dem Fußboden des Kellers ein menschliches Skelette, das auf dem Rücken lag. Auf der Brust wurde ein an einem Fingerknöchel steckender Trauring gefunden. Dieser enthielt die Buchstaben A. G. und die Jahreszahl 1864. Unter dem Kopf lag ein geschnittenes Frauenkopf, an dem Beinen stand man Kleiderreste und Schuhsohlen. Der Schädel des Skelettes war vollständig zertrümmert.

Die gerichtsarztliche Untersuchung ließ keinen Zweifel, daß das Skelette die Leichenreste der in August 1865 verschwundenen Frau Hermann, der schönen Tochter des Hauses Fürstenstraße 11 und Ehefrau des Schuhmachers Herrmann waren. Der Herrmann wurde schon 1865 des Mordes an seiner Frau verdächtigt, doch fanden sich damals keine Beweise. Herrmann, der früher in dem Dorte Koberwitz wohnte, hatte sich im Anfang der 60er Jahre zum ersten Male verheirathet. Er behandelt seine Frau äußerst brutal. Die Ehe wurde im Jahre 1876 rechtlich geschieden und Herrmann als schuldiger Theil erklärt. Bei den 14 Kindern erster Ehe sind jedoch nur zwei am Leben. Die Kinder starben zumeist wenige Tage nach der Geburt. Herrmann, der wohl von Profession Schuhmacher ist, aber sich vielfach mit Photographieren beschäftigte und auch als Fleischbeschauer thätig war, soll stets Chancali besessen haben. Als er einmal gefragt wurde, wie es denn komme, daß ihm fast alle seine Kinder sterben, soll er geantwortet haben: „Ich kann höchst Kinder nicht ernähren, es gibt ja genug Kinder auf der Welt: drei Tropfen Chancali genügen für ein Kind.“

Eine junge Fabrikarbeiterin hatte durch einen Unglücksfall ihren Arm verloren. Sie erhielt dafür 400 Pf. und eine lebenslängliche monatliche Rente von 30 Pf. Herrmann wußte das Mädchen zu überreden, ihm das Geld in Verwahrung zu geben, unter der Vorwegstellung: er wolle sich von seiner Frau scheiden lassen und es alsdann heirathen. Das Mädchen wurde schließlich in Folge des Vertrags mit Herrmann Mutter eines Kindes. Wenige Tage nach der Geburt starb das Kind und nach einiger Zeit auch ganz plötzlich die ehemalige Fabrikarbeiterin. Als nun der Vater der letzteren von Herrmann das Geld von seiner Tochter in Verwahrung gegebene Geld verlangte, sagte Herrmann: „Hier bleibt kein Geld, es ist nichts mehr vorhanden.“

Im Jahre 1867 erwacht Herrmann von der Willkür Kubus in Koberwitz ein Grundstück für 330 Thaler mit der Bedingung, daß Frau Kubus das Recht habe, in dem Hause eine Stube unentgeltlich auf Lebenszeit zu bewohnen. Herrmann schuldet der Kubus 100 Thaler. Die vollständig gefundene Frau Kubus starb plötzlich. Als ihre Angehörigen von Herrmann die 100 Thaler verlangten, zeigte dieser eine angeblich von der Verstorbenen unterschriebene Leistung über 100 Thaler.

Nachdem Herrmann von seiner ersten Frau geschieden war, setzte er nach Breslau über. Hier lernte er im Jahre 1884 die 18-jährige Ulrike Anna Grun geb. Willmann kennen. Im Mai 1884 vermählte er sich mit derselben. Diese, seine zweite Frau, war die Tochter des Hauses Fürstenstraße 11. Herrmann soll seine Frau in unmenschlicher Weise missbehandelt haben. Die beiden Töchter, die ihm die Grün mit in die Ehe brachte, soll er ebenfalls sehr brutal behandelt haben. Als er schließlich nach dem Verhängen seiner Frau eine zweite Tochter vergewaltigt hatte, wurde er verhaftet und wegen Rotzucht zu einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Sicherheit verurteilt. Während Herrmann im Gefängnis lag, wurde das Haus Fürstenstraße 11, da die Hypothekenträger nicht bezahlt wurden, verkauft. Als Herrmann aus dem Gefängnis kam, bat er sich in dem Keller seines Hauses ein kleines Zimmer zum Zimmerschrank seiner Frau gewohnt.

Im Jahre 1891 strengte Herrmann gegen seine angeblich verschwundene Frau wegen böswilligen Verstoßes die Scheidungslösung an. Die Ehe wurde auch rechtlich geschieden und Herrmann verdeckte sich zum dritten Mal. Aber auch mit seinem dritten Frau soll Herrmann die denkbare schlechteste Ehe geführt haben. Die beiden Töchter, die die Grün mit in die Ehe brachte, soll er ebenfalls sehr brutal behandelt haben. Als er schließlich nach dem Verhängen seiner Frau eine zweite Tochter vergewaltigt hatte, wurde er verhaftet und wegen Rotzucht zu einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Sicherheit verurteilt. Während Herrmann im Gefängnis lag, wurde das Haus Fürstenstraße 11, da die Hypothekenträger des Landgerichts Berlin I den früheren Rechtsanwalt Dr. Fritz Friedmann verdeckt hat, übernommen.

